

Staatssekretär Dr. Wolfgang Meyer-Hesemann, Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein

Redebeitrag zur Eröffnung der Fachtagung zum zweiten nationalen Bildungsbericht am Montag, den 23.6.08, LV BW Berlin, 10.00 Uhr- 16.45 Uhr

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn ich das breite Medienecho auf die Veröffentlichung des Berichts am 12.6. Revue passieren lasse, hat der zweite Bildungsbericht mit seiner auf Indikatoren gestützten Gesamtschau eine seiner Funktionen bereits erfüllt:

- eine verlässliche Grundlage für eine breite Diskussion zum Stand des Bildungssystems zu bieten,
- Steuerungswissen für politische Entscheidungen bereit zu stellen,
- für Transparenz im Bildungssystem zu sorgen sowie
- Impulse für weitere Entwicklungen auszulösen.

Die erfreuliche erste Aufmerksamkeit für den Bildungsbericht korrespondiert mit der herausragenden Bedeutung von Bildung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Der Bildungsberichterstattung kommt die unverzichtbare und gleichzeitig hoch komplexe Aufgabe zu, das Bildungssystem an seinen grundlegenden Aufgaben und an seinen selbst gesetzten Ansprüchen wie Zielvorstellungen zu messen: Inwieweit gelingt es, die notwendigen Qualifikationen für individuelle und gesellschaftliche Entwicklungen zu vermitteln, Bildungschancen zu gewähren und einzulösen, die Integration in die Gesellschaft zu fördern und die Menschen auf die Arbeitswelt vorzubereiten?

Mit dem zweiten Bildungsbericht kann eine weitere wichtige Funktion der Bildungsberichterstattung erstmalig eingelöst werden, und zwar Veränderungen im zeitlichen Verlauf zu beschreiben. Dazu mussten die Autoren eine sinnvolle Balance zwischen Kontinuität der Berichterstattung in Weiterführung von Kernindikatoren und der notwendigen Aktualität mit Bezügen zu laufenden Entwicklungen finden.

Entgegen mancher Kommentierung ist der vorliegende Bildungsbericht keine neue empirische Studie, sondern seine besondere Bedeutung liegt darin, vorliegende Daten zu allen Bildungsbereichen unter der Leitidee von „Bildung im Lebenslauf“ in ihrem Zusammenhang darzustellen und übergreifende Herausforderungen unabhängig von den verschiedenen Zuständigkeiten sichtbar zu machen.

Für die Länder ist der Bildungsbericht ein wichtiges und mittlerweile unverzichtbares Element für eine evidenzbasierte Bildungspolitik. Sie zielt darauf, mit Hilfe wissenschaftlicher Verfahren die Wirklichkeit so zu sehen, wie sie ist, und nicht, wie mancher sie gerne sehen möchte. Evidenzbasierte Bildungspolitik bedeutet, dass Bildungspolitiker auf der Grundlage wissenschaftlich belegten Wissens über den Zustand des Bildungssystems Entscheidungen treffen und auch die Effekte dieser Entscheidungen einer empirischen Überprüfung unterziehen.

Evidenzbasierte Bildungspolitik stellt an beide Seiten - Bildungsforschung und Bildungspolitik - hohe Anforderungen sowohl in methodischer, inhaltlich-fachlicher als auch in ethischer Hinsicht.

Bezogen auf den Bildungsbericht erfordert dies von den Wissenschaftlern, die ungeheure Vielfalt des Bildungsgeschehens anhand einiger zentraler Indikatoren abzubilden und durch regelmäßig fortschreibbare empirische Daten zu beschreiben.

Für Bildungspolitiker bedeutet ein evidenzbasiertes Vorgehen auch, dass damit die bisher gewohnte weitgehende politische Deutungshoheit über den Zustand des Bildungssystems verloren geht und stattdessen empirische Befunde, deren Zustandekommen unabhängigen Wissenschaftlern zu verdanken ist, ergebnisoffen zur Kenntnis genommen werden müssen. Wie Sie alle wissen, gelingt das einigen Bildungspolitikern besser als anderen und es ist manchmal schon erstaunlich, wenn sich alle Akteure durch die Ergebnisse in ihrem jeweiligen politischen Handeln bestätigt sehen. Der Druck auf die Bildungspolitiker, sich gegenüber den Ergebnissen empirischer Bildungsforschung rechtfertigen zu müssen, ist in jedem Falle immens und ein vollkommen neues Element in der öffentlichen Diskussion um die Qualität von Bildung.

Die in den vergangenen Wochen geführte öffentliche Debatte über die Aussagekraft von Studien der empirischen Bildungsforschung und die Interpretation der Ergebnisse ist ein Beleg für das immer noch große und weitgehend ungeklärte Spannungsverhältnis zwischen Bildungsforschung und Bildungspolitik in Deutschland. Nach wie vor erzeugen einige Vertreter der medialen Öffentlichkeit den Eindruck, wissenschaftlich abgesichertes Steuerungswissen ließe sich unmittelbar kraft Rationalität der Erkenntnis in bildungspolitische Maßnahmen umsetzen. Diese Erwartung verkennt jedoch die vollkommen unterschiedlichen handlungsbestimmenden Koordinaten politischen Handelns und wissenschaftlichen Arbeitens.

Die Bildungswirklichkeit ist als eine von der Gesellschaft gestaltete Wirklichkeit Ausdruck mehr oder weniger explizit formulierter Interessen, um deren Durchsetzung in demokratischen Gesellschaften öffentlich gerungen wird. Strukturen wie Inhalte von Bildung sind historisch gewachsen, daher muss das Bildungssystem auch immer als gesellschaftlich-kulturelles Phänomen verstanden werden.

Gerade dieser Umstand fordert die Autoren des Bildungsberichts, über die bloße Erhebung und Zusammenstellung empirischer Daten hinaus die Befunde zu analysieren, zu interpretieren und in einen historisch- gesellschaftlichen Kontext einzuordnen. Daten müssen auf diese Weise zum Sprechen gebracht werden. Nur so können Entwicklungen verständlich und zukünftige Herausforderungen deutlich gemacht werden. Das geht naturgemäß nicht ohne Konflikte mit Bildungspolitikern ab, die aber von beiden Seiten durchgestanden werden müssen.

Helmut Fend hat diesen Zusammenhang, wie ich finde, sehr treffend auf den Punkt gebracht, wenn er fordert, dass die moderne Bildungsforschung in der Lage sein sollte, „(...) Wege der Gestaltung sichtbar zu machen und damit die Praxis zu inspirieren.“ Wege von der Realitätsbeschreibung zur Realitätsgestaltung aufzuzeigen. Wissenschaftsorientierung bedeutet aber nicht, „aus der Erkenntnis der Wirklichkeit zwingend abzuleiten, wie diese Wirklichkeit gestaltet werden muss und damit Entscheidungen überflüssig zu machen.“ (Fend 2006). Damit beschreibt Helmut Fend sehr genau das vielschichtige Verhältnis von Wissenschaft und Politik mit den damit

verbundenen unterschiedlichen Rollen. Schwierig wird es immer dann, wenn sich Politiker als Wissenschaftler und Wissenschaftler als Politiker gerieren.

Den Autoren des Bildungsberichts ist es auch in dieser Hinsicht sehr gut gelungen, ihrer herausfordernden Aufgabe gerecht zu werden. Der augenscheinlichste Beleg für die analytische Qualität und die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Autoren liegt darin, dass nicht wenige Ergebnisse dieses Berichts für Bund, Länder, Wirtschaft und andere „Stakeholders“ unbequem sind und sie in Erklärungsnot bringen. Das muss so sein, damit der Bericht mit seinem kritischen Spiegel seine aufklärerische Wirkung erfüllt und Anstöße für die Lösung von Problemen sowie für die notwendige Weiterentwicklung des Bildungssystems gibt.

Die Länder werden jetzt auf Basis einer gründlichen Auswertung des Berichts darüber beraten, wo etwas geschehen muss oder mehr geschehen muss als bisher. Ich will und kann diesen Beratungen nicht vorgreifen, werde Ihnen daher kein Tableau von Maßnahmen präsentieren.

Auch wenn in der Berichterstattung naturgemäß die Defizite den größeren Raum einnehmen, freuen wir uns über eine Reihe von positiven Entwicklungen, die Prof. Klieme und Prof. Baethge Ihnen gleich vorstellen werden:

- Der Bildungsstand der Bevölkerung in Deutschland ist in den letzten Jahren gestiegen und die generelle Bildungsbeteiligung im internationalen Vergleich hoch. Die wachsende Bildungsbeteiligung im frühkindlichen Sektor und die im Jahr 2007 erstmalig wieder gestiegenen Studienanfängerzahlen zeigen einen positiven Trend an.
- Die Schuleingangsphase wird in Deutschland flexibler gestaltet, dabei gibt es mehr vorzeitige Einschulungen als Zurückstellungen. Das durchschnittliche Kompetenzniveau im Schulalter ist im internationalen Vergleich leicht gestiegen. Das gilt auch für die Anzahl der Studienberechtigten und der Hochschulabsolventinnen und -absolventen.
- Positiv zu sehen ist auch die erfolgreiche Entwicklung von Mädchen und Frauen in unserem Bildungssystem, die sich in allen Bereichen niederschlägt -

allerdings verbunden mit der Kehrseite, dass sich bei Jungen und Männern immer deutlicher neue Problemlagen abzeichnen.

Auf der anderen Seite der Bilanz werden sie eine Reihe von nicht unbekanntem Problemen, die im Kern etwas mit mangelnder Bildungsgerechtigkeit zu tun haben, noch einmal mit aller Deutlichkeit herausarbeiten:

- Die Anzahl von Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Hauptschulabschluss ist immer noch zu hoch und beim Übergang von der Primarstufe in eine der Schularten des Sekundarbereichs I zeigen sich große Unterschiede in der sozialen Herkunft der Schüler/innen.
- Die Übergänge in die berufliche Ausbildung bzw. in die Hochschule sowie anschließend in den Arbeitsmarkt verlaufen oftmals kompliziert und stellen insbesondere für sozial benachteiligte Jugendliche erhebliche Barrieren dar.
- Schülerinnen und Schülern mit geringeren Qualifikationen benötigen zu viel Zeit, um eine Ausbildung im dualen System oder im Schulberufssystem zu beginnen. Stattdessen verharren sie zu lange im ausbildungsvorbereitenden Übergangssystem, mit dessen Hilfe nur einem Drittel der Hauptschüler als größter Gruppe im Übergangssystem im Laufe von 18 Monaten die Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung gelingt.
- Die Ausgaben für Maßnahmen zur Weiterbildung sind in den vergangenen Jahren drastisch gekürzt worden.

Die Befunde machen erneut deutlich: Mehr denn je gilt, das Bildungssystem ist zum wichtigsten Instrument der individuellen Lebensplanung und der gesellschaftlichen Entwicklung geworden. Mit Bildungspolitik wird heute immer auch Regionalpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Integrations- und Sozialpolitik betrieben – und umgekehrt. Bei aller erfreulichen Aufwertung, die Bildung dadurch erfährt, birgt diese Entwicklung die Gefahr einer Überfrachtung des Bildungssystems mit Aufgaben und einer Verschiebung von Verantwortlichkeiten.

Bildungspolitik als Herzstück moderner Gesellschaftspolitik ist damit abhängig von Beiträgen anderer, die dieser Mitverantwortung vielfach nicht gerecht werden. Aber dies ist ein „weites Feld“ ebenso wie das des Zusammenwirkens der Länder mit dem Bund, das ich heute nicht betreten möchte!

Abschließend möchte ich mich noch einmal bei den Autoren des Berichts für ihre ungeheuer umfangreiche und engagierte Arbeit sowie die gute Zusammenarbeit mit der Steuerungsgruppe bedanken.

Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.